



junge Welt Tageszeitung Berlin 04.04.2006:

»Kollektives Betteln« beim DGB?

Gewerkschaftsdachverband will eigenen Angestellten Nullrunden verordnen

Rollentausch beim Deutschen Gewerkschaftsbund. »Wir wollen nicht betteln!« So der Titel eines aktuellen Informationsschreibens des DGB-Gesamtbetriebsrats (GBR). Adressat in diesem Fall: der DGB-Bundesvorstand. Dieser besteht in den laufenden Gesprächen mit den Betriebsräten darauf, daß die Einkommen der DGB-Angestellten nicht erhöht werden. Die finanzielle Lage lasse dies nicht zu, so die allzu bekannte Begründung der DGB-Oberen. Einen Tarifvertrag, wie vom Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) gefordert, hält man im DGB-Vorstand ohnehin nicht für nötig.

Die Argumente des Betriebsrats, der eine Lohnerhöhung von 2,5 Prozent fordert, sind die für Gewerkschafter üblichen. Auch die DGB-Bediensteten müßten nach jahrelangem Reallohnverlust wieder »Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung« bekommen, meinen die Beschäftigtenvertreter. Die – durch Personalabbau hervorgerufene – Arbeitsverdichtung mache »eine spürbare Gehaltserhöhung für die DGB-Beschäftigten unabdingbar«, heißt es in deren Stellungnahme weiter. Ohnehin würden die Angestellten des Dachverbandes schlechter entlohnt als die der meisten Einzelgewerkschaften. Damit »kollektives Betteln nicht der Standard der Gehaltsverhandlungen im DGB wird«, habe der GBR die interne Einigungsstelle angerufen. Das Problem: An einen per Einigungsstelle gefundenen Kompromiß wäre der DGB-Bundesvorstand nicht gebunden.

Bestätigt sieht sich durch diese Entwicklung der nach eigenen Angaben etwa 500 Mitglieder zählende Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten, der eine Lohnerhöhung von fünf Prozent fordert. Dieser wird vom DGB allerdings nicht als Tarifpartner anerkannt. »Um »kollektives Betteln« in Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber abzuwenden, müßten die gewerkschaftlichen Arbeitgeber selbst bereit sein, Tarifverhandlungen zu führen«, so die Forderung des VGB. »Es ist ein Anachronismus, daß sich der DGB weigert, Tarifverhandlungen zwischen Koalitionspartnern auf gleicher Augenhöhe zu führen«, kritisiert der VGB-Vorsitzende Helmut Wagner im Gespräch mit junge Welt. Der Betriebsrat habe schließlich keinerlei Möglichkeit, notfalls per Streik Druck für seine Positionen zu entwickeln.

Anders als bei anderen DGB-Beschäftigten werden für die Mitarbeiter der Rechtsschutzabteilung des Gewerkschaftsbundes Tarifverhandlungen geführt. Allerdings auf Mitarbeiterseite nicht vom VGB, sondern von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. »Damit ist ver.di – die Einzelgewerkschaft mit den meisten Sitzen im Aufsichtsrat – zugleich Arbeitgeber und Beschäftigtenvertreter«, moniert Wagner.

Herbert Wulff

Das Schreiben des DGB-BR vom März 2006 hängt informationshalber auf der nächsten Seite

VGB - Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten

Offenbacher Straße 28, 63165 Mühlheim, Telefon 06108/793392, Fax 06108/794519

e-mail VGBGabyChrist@t-online.de, im Internet www.derVGB.de